

Begrifflichkeiten seine Wirkung. Jens Maeße konstatiert also gleich im Anschluss an den Abgesang eine Rückkehr des Politischen unter den beschriebenen anderen Bedingungen: „Das Politische lässt sich niemals vollständig ausblenden, sondern fordert immer wieder sein Recht ein. Es zeigt sich an Punkten, wo der Diskurs mit sich selbst hadert, (...) das Gesagte wieder und wieder kommentiert, (...) oder auf Fragen antwortet, die niemand gestellt hat. Jeder Versuch, die Lücke zu schließen führt nur dazu, dass die Lücke woanders wieder aufreißt.“ (258) Ein Beispiel für die „empirischen Orte“ (258), wo sich diese Praktiken niederschlagen, seien die Hochschulen, die sich Bologna gegenüber misstrauisch, kritisch und widerständig zeigen. „Die Orte der Rückkehr des Politischen sind nicht fixierbar, sondern dissimilieren mit der Expansion des Bologna-Diskurses in andere Praxisfelder.“ (259) Soll heißen: Mit den Veränderungen an den deutschen Hochschulen ist es so schnell nicht vorbei. Mit den kritischen Äußerungen zum Reformprozess jedoch auch nicht.

In den letzten Monaten ist eine Vielzahl wissenschaftlicher Reflektionen zur Europäischen Hochschulstrukturreform erschienen oder im Erscheinen begriffen, die Maeße bei seiner Studie selbstverständlich nicht berücksichtigen konnte. Diese Erkenntnisse hätten ihn jedoch möglicherweise dabei unterstützt, sein Forschungsprogramm noch weiter auszubauen und auch auf Fragen einzugehen, die sich im Anschluss an den politischen Implementierungsprozess an den Hochschulen gerade im Hinblick auf die Herausarbeitung der „hegemonialen Effekte“ stellen. Angesichts des Verlaufs und der Ausgestaltung der „Bologna-Reformbemühungen“ möchte man vor allem den Angehörigen der deutschen Hochschulen die Lektüre des Buches verbindlich ans Herz legen, um ihnen die (Un-)Möglichkeit ihrer „partikularen Akte“ (245) angesichts dominierender technokratischer Verstiegheiten aufzuzeigen.

Nadin Fromm

Ulrich Bröckling, Robert Feustel (Hg.) Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld: transcript 2010.

Das Politische ist zurück! Nachdem der *Begriff des Politischen* zusammen mit seinem polarisierenden Schöpfer Carl Schmitt in Verruf geraten war, nahezu untergegangen schien, hatten im deutschsprachigen Raum alle Versuche, diesen Begriff auf zeitgenössische Probleme anzuwenden, mit dem Mythos *Carl Schmitt* zu kämpfen. Im letzten Jahrzehnt sind jedoch nunmehr eine Welle von verspäteten Übersetzungen und daran anschließende Sammelbände erschienen, die dem deutschsprachigen Publikum

retrospektiv eine rege Debatte um das Politische präsentieren. Im Mittelpunkt stand dabei eine meist französischsprachige und meist linke Geschichte des Begriffs jenseits von (zumindest expliziten Bezügen auf) Carl Schmitt.

Diese Theorien, die man mittlerweile – vergrößernd – gar als *einen* Diskurs des Politischen bezeichnen kann, lassen sich mit einigen Markierungen abstecken: Sie richten sich gegen einen Begriff von Politik, der sich am Design und der juristischen Ausdifferenzierung der Institutionen westlicher Nationalstaaten und an Konstellationen der Internationalen Beziehungen sowie tagespolitischen Meldungen abarbeitet – kurz: Politik, wie man sie lange als Gegenstand der *Politikwissenschaft* kannte. Im neuen Diskurs des Politischen dagegen wird Politik zumeist als ein Spannungsverhältnis zwischen zwei konfligierenden Momenten verstanden – einem Ordnen und einem, das auf den Bruch dieser Ordnung drängt: Statik und Dynamik bzw. *la politique* und *le politique* (die Politik und das Politische) bei Lefort und Nancy, *pouvoir constituant* und *pouvoir constitué* (verfasste und verfassende Gewalt/Macht/Kraft) bei Balibar, Institution und Institutionierung bei Castoriadis, Polizei und Politik bei Rancière, Institution und Ereignis bei Badiou.

Politik als Spannungsverhältnis zu denken ist nicht neu. Doch wird dieser Gedanke in den vorliegenden Theoremen radikalisiert. Wenn der Politik im oben genannten politikwissenschaftlichen Sinn das Politische gegenübergestellt wird, so ist damit kein weiterer abgrenzbarer (disziplinärer) Bereich gemeint, sondern das Gegenteil: das Unbegrenzbare, die noch nicht Gehörten, das noch nicht institutionalisierte und politikwissenschaftlich systematisierte – das schlichtweg *Andere* der institutionellen Politik, das ihr dennoch zugehört. An den unterschiedlichen Verwendungsweisen des Wortes *Politik* lässt sich ablesen, dass es um Bedeutungskämpfe geht: Mal bezeichnet es einen dynamischen Pol und wird der statischen, verwaltenden Polizei gegenübergestellt, mal bezeichnet es das Statische und wird mit dem Politischen (als einem dynamischen Prinzip) kontrastiert, mal bezeichnet es das Spannungsverhältnis beider Pole. Hierbei zeigt sich das paradoxe Ringen des geistes- und sozialwissenschaftlichen Diskurses um den Begriff: Der etablierten Politik soll der Alleinvertretungsanspruch für unsere politischen Belange aberkannt werden, um andere Belange als politische zu etablieren: Entgrenzung der Politik durch Begrenzung.

Unter dem Titel *Das Politische denken* versammeln Ulrich Bröckling und Robert Feustel Portraits von TheoretikerInnen und/oder deren Werken, die aus sehr unterschiedlichen Theoriekontexten kommen (z.B. Marxismus, Phänomenologie, Dekonstruktion, Literaturtheorie, Totalitarismustheorie) und bieten damit einen fundierten Überblicksband. Die AutorInnen der Port-

raits sind einschlägige Experten auf dem jeweiligen Gebiet und umreißen ihre Gegenstände einführend und präzise zugleich. Die Zusammenstellung der Texte lässt nicht nur einen spezifischen Gegenstand – das Politische – hervortreten, den Einzelbeiträge vermutlich nicht mit dieser Evidenz hätten zeichnen können, sondern verweist auch *en passant* auf die Möglichkeiten und Grenzen dieser theoretischen Entität. Dass der Band die Debatte bis zu frühen Beiträgen (z.B. von Maurice Blanchot) zurückdatiert, zeichnet ihn zudem aus. Denn die gegenwärtige Renaissance des Begriffs ist nicht dem späten Interesse an diesen frühen Beiträgen geschuldet, sondern den Schlaglichtern, die heute die prominentesten Vertreter linker politischer Theorie und Philosophie in diesem Feld setzen: Allen voran verhalf Chantal Mouffes Büchlein *On the Political* diesem kontinentalen Thema durch eine Glättung und Systematisierung zum Brückenschlag in angelsächsische Debatten. Jaques Rancière, dessen Theorem von der *Aufteilung des Sinnlichen* in Kunstdiskursen rezipiert wird, wurde mit seinem Werk *Das Unvernehmen* zum Impulsgeber für die Auseinandersetzung um den Begriff des Politischen und gar als Neubeginn der politischen Philosophie gefeiert. Auch Judith Butler ist gefragt in der Debatte um die Möglichkeiten einer politischen Theorie bzw. einer Theorie des Politischen. [1]

Der Band von Bröckling und Feustel geht aber gerade nicht von diesen Schlaglichtern aus, sondern bringt mit Autoren wie Maurice Blanchot, Claude Lefort und Cornelius Castoriadis auch Stimmen zu Gehör, die hierzulande kaum mehr oder noch nicht beachtet werden. Mit Lefort und Castoriadis, deren Biografien wie die einiger ihrer Zeitgenossen die Sequenz *Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei Frankreichs – Kritik am Stalinismus – Bruch mit dem Marxismus* enthalten, kann das Bestehen auf die Eigenständigkeit des Politischen auch als Reaktion auf dessen bloße Ableitung von der Ökonomie im orthodoxen Marxismus verstanden werden. Dieser klare Kontrapunkt macht die Überlegungen von Lefort und Castoriadis darüber, wie eine nicht abgeleitete Entität des Politischen denkbar ist, fasslicher.

So hat Claude Lefort – im hier besprochenen Band von Oliver Marchart vorgestellt – mit der Umdeutung des Konzepts *Klassenkampf* als einen grundlegenden Antagonismus, der die Gesellschaft doppelt durchzieht – einmal als Abfolge sozialer Kämpfe und einmal als irreduzible Distanz der Gesellschaft zu ihrem eigenen Bild und ihrer Macht – wesentliche Elemente von Ernesto Laclaus Fortentwicklung der mit Chantal Mouffe entwickelten Hegemonietheorie vorweggenommen. Diese „ontologische“ Dimension des Politischen müsse nach Lefort auf der „ontischen“ Bühne der mitunter banalen Politik repräsentiert werden. Er insistiert geradezu auf Repräsentationen als *conditio sine qua non* von Politik: „So wie eine Gesellschaft ohne Macht unvorstellbar ist, so kann es keine Macht ohne Repräsen-

[1] Vgl. Butler, J./Laclau, E./ Zizek, S. (2000) *Contingency, hegemony, universality. Contemporary dialogues on the left*. London: Verso (Phronesis). Vgl. Butler, J. (1992) *Feminists theorize the political*. New York: Routledge.

tation geben – ergo: kein sozialer Raum ohne die Inszenierung einer ‚Quasi-Repräsentation seiner selbst‘.“ [2] Der nicht unproblematische Zug, der Repräsentation – und damit ist mitunter auch die parlamentarische gemeint – eine konstitutive Rolle einzuräumen für die Reformulierung von und den Zugriff auf die gesellschaftlichen Belange, findet sich insbesondere bei Laclau und Mouffe aber auch bei Rancière. Repräsentation ist dabei nicht zu verwechseln mit den indirekten Formen der Demokratie, auf die elitistische Demokratietheorien bestehen. Sie ist vielmehr im erstgenannten Sinne ein Charakteristikum der Theorien des Politischen, weil sie, vor jeder Überlegung über wahre Bedürfnisse oder falsches Bewusstsein, grundsätzlich mit der Verzerrung jeder Artikulation rechnet.

Als Opposition gegen die marxistische Suspendierung der Politik, d.h. gegen ihre Degradierung zum falschen, bloß Äußerlichen der Produktionsverhältnisse, lässt sich auch die Unternehmung von Castoriadis verstehen, der von Robert Seyfert porträtiert wird: *Die Gesellschaft als imaginäre Institution* zu denken heißt, etwas dem verrechenbaren und bezeichnenbaren Symbolischen (und damit auch den bestimmbareren Produktionsverhältnissen) Vorgängiges zu konstatieren. Castoriadis' brachiale Metapher vom *Magma*, aus dem sich unbegrenzt identitätslogische Mengen bestimmen lassen, deutet dabei schon das Urgewaltige an, das viele der Zuschreibungen zum Politischen assoziieren: Das Politische ist undarstellbar, es entzieht sich, ist unvorhersehbar etc. Castoriadis betont das Prozesshafte des gesellschaftlichen Seins, in dem sich die imaginäre Dimension der Gesellschaft – verstanden als kollektive kreative Aktivität – wieder als etwas Symbolisches bzw. zu Institutionen verfestigt. Dieses Wechselspiel zwischen dem Prozess der Instituierung und deren Ergebnis (Institutionen) gelte es in Bewegung zu halten, während die überbordenden Bürokratien es stillzustellen suchen.

Es scheint, dass mit der Analyse des Politischen die Forderung nach dessen Dynamisierung einhergeht. Sie findet sich auch in der Formulierung, mit der Robin Celicates das Unternehmen von Etienne Balibar überschreibt: Demokratisierung der Demokratie. (Balibar repräsentiert in dieser Zusammenstellung am deutlichsten den Zusammenhang jeder Theorie des Politischen mit dem Problem der Alterität, wie es sonst etwa von Spivak präsentiert wird.) Hinter der Forderung nach Dynamisierung, so kann man unterstellen, steckt auch die etwas überstrapazierte und abstrakte Feststellung, dass jede Ordnung kontingent ist und auf Ausschlüssen basiert. Da moralische Überlegungen, die vielleicht eine Bewertung der Ausschlüsse als akzeptabel oder inakzeptabel liefern würden, aus dem Diskurs des Politischen kategorisch ausgeschlossen sind, bleibt der intuitiven Gerechtigkeit nur, das Tempo der Wechsel zu erhöhen, damit Ausschlüsse temporär bleiben.

[2] Lefort, C. (1990) Die Frage der Demokratie. In: Rödel, U. *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 281-297. Zit. nach Marchart im besprochenen Band, 23.

Dem Gestus des Öffnens und Offenhaltens sind natürlich auch Derrida und Deleuze/Guattari verpflichtet, wenn sie von Susanne Lüdemann und Paul Patton danach befragt werden, wie das Politische von ihrer Perspektive aus zu denken wäre. Die Idee des Öffnens/Offenhaltens ist für sich genommen mitunter problematisch, insbesondere für Theorien des Politischen, da diese damit nicht mehr trennscharf von anderen Theorien des Sozialen zu unterscheiden sind, die sich der Deessenzialisierung als Leitbegriff bedienen. Es ist anzunehmen, dass die Politik oder wahlweise das Politische wesentliche Faktoren im Zusammenspiel zwischen Deessenzialisierung und Reessenzialisierung darstellen, wobei Letzteres wohl hieße, dem Menschen oder einigen Menschen bestimmte Eigenheiten zu unterstellen und aus diesen Forderungen für die Einrichtung des Gemeinsamen abzuleiten. Wenn das auch für Theoriepolitik gilt, stellt sich die Frage, wie lange es sinnvoll ist, nur Deessenzialisierung zu betreiben und damit notwendigerweise die Reessenzialisierung Anderen zu überlassen.

Dass in diesem Band die eine Seite des Spiels so stark hervortritt, ist wohl Verschiedenem geschuldet: Zum Ersten dem einführenden Charakter des Bandes. Die AutorInnen arbeiten mit den jeweiligen TheoretikerInnen, die sie vorstellen, jeweils aufs Neue gegen den landläufigen Begriff von Politik. Zum Zweiten offenbart die Einführung der Theorien unter dem Titel *Das Politische denken* auch die systematischen Schwierigkeiten, die das Denken einer Entität (*das Politische*) birgt, die eigentlich nichts anderes ist als das jeweils Andere der Sphäre der Notwendigkeit (Arendt), der bloß subjektiven Freiheit, des Gesetzes der Institution und des Systems. Das Politische als Begriff ist eben auch eine dankbare Projektionsfläche.

Vincent Schmiedt